



2020/10 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/2020/10/mit-stoecken-steinen-und-macheten>

In Costa Rica haben Farmer den indigenen Landaktivisten Jerhy Rivera getötet

Mit Stöcken, Steinen und Macheten

Von **René Thannhäuser**

In Costa Rica hat eine Gruppe Farmer den indigenen Landaktivisten Jerhy Rivera getötet. Es war nicht der erste Angriff dieser Art.

Für Jerhy Rivera endete die Besetzung tödlich. Am Abend des 24. Februar wurde der indigene Landaktivist in Costa Rica erschossen. Der Mord ereignete sich im indigenen Territorium des Dorfs Térraba in der Provinz Puntarenas, südöstlich der Hauptstadt San José. Jerhy Rivera, ein Angehöriger der indigenen Brörán, war Anführer einer Gruppe, die zwei Tage zuvor eine illegal auf indigenem Boden errichtete Finca besetzt hatte. Am Tatabend attackierte eine Gruppe mit Stöcken, Steinen und Macheten bewaffneter Farmer Rivera. Aus der Gruppe feuerte mindestens ein noch nicht identifizierter Täter tödliche Schüsse auf Rivera ab. Der Nationalen Front Indigener Völker (Frenapi) zufolge war den Behörden bereits am Vortag gemeldet worden, dass die indigenen Besetzer ernsthaft bedroht würden, ohne dass die Behörden reagiert hätten. Rivera hatte bereits 2013 nur knapp einen Mordanschlag überlebt, als er illegale Holzfäller auf indigenem Gebiet überraschte.

Rivera ist nicht der erste Indigene, der das Ziel eines bewaffneten Angriffs wurde. Lediglich zwei Wochen vor seinem Tod schoss im nagegelegnen indigenen Territorium Salitre ein Farmer am helllichten Tag Mainor Ortíz Delgado an. Der mutmaßliche Täter wurde verhaftet, jedoch nach 24 Stunden wieder freigelassen. Ein Jahr zuvor war in Salitre der ebenfalls den Bribri angehörige Sergio Rojas Ortiz in seinem Haus erschossen worden. Ortiz war Mitglied des Frenapi-Koordinationsrats. Am Tag seiner Ermordung hatte er eine illegale Landnahme im Bribri-Territorium und Bedrohungen seiner Gemeinde angezeigt. Beide Männer hatten bereits Mordversuche überlebt.

Immer wieder kommt es zu Raubbau und Landraub, ohne nennenswerte Reaktion des Staats.

Costa Rica gilt im In- und Ausland wegen seiner Stabilität und Sicherheit als »Schweiz Mittelamerikas« und als Ausnahmestaat in einer krisengeschüttelten Region. Auch als Hort der Menschenrechte stellt das Land sich dar. Doch die Morde sind nur traurige Höhepunkte in lang andauernden Auseinandersetzungen zwischen Indigenen und Farmern. Etwas mehr als zwei Prozent der etwa fünf Millionen Costa-Ricaner gehören den acht indigenen Bevölkerungsgruppen des Landes an. Diese leben vor allem in der Talamanca-Gebirgskette im Süden des Landes, wo

die ärmsten Gegenden Costa Ricas liegen. Hier befindet sich auch der Großteil der 1977 durch das Indigenen-Gesetz anerkannten 24 Territorien, deren Nutzung ausschließlich den Indigenen vorbehalten ist. Kritiker werfen dem costa-ricanischen Staat vor, das Gesetz nie umgesetzt zu haben. Immer wieder kommt es zu Raubbau und Landraub, ohne nennenswerte Reaktion des Staats. Dieser greift selbst immer wieder für hydroelektrische Projekte auf indigenes Territorium zu. Costa Rica gilt als ökologisches Vorzeigeland und erzeugt seine Energie zu nahezu 100 Prozent aus regenerativen Energiequellen, darunter zu fast 70 Prozent aus Wasserkraft. In der Region Térraba konnten nur starke Proteste der indigenen Bevölkerung den Bau zweier Wasserkraftwerke verhindern, der die Umsiedlung von 1 500 Menschen nötig gemacht hätte.

Im Salitre-Territorium sind die indigenen Gemeinden stärker Verdrängung ausgesetzt. Der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte zufolge sind über 60 Prozent des Landes der dortigen Teribe-Indigenen sowie über 80 Prozent des Landes der Bribri von nichtindigenen Farmern besetzt. Diese wiederum betrachten die Indigenen als Eindringlinge und fordern Entschädigungen für Gebiete, die sie gemäß dem Indigenen-Gesetz von 1977 abtreten müssten. Schon seit Jahren kommt es dort immer wieder zu Auseinandersetzungen. 2012 sollen auch 60 Polizisten an der Vertreibung Indigener von ihrem Land beteiligt gewesen sein.

Im Juni 2014 gab es einen regelrechten Gewaltausbruch. Farmer zündeten von Bribri bewohnte Häuser an, blockierten Straßen und attackierten Indigene an. Die Farmer beschuldigten den im vorigen Jahr ermordeten Sergio Rojas Ortiz, als Rädelsführer von Besetzungen agiert zu haben. Die costa-ricanische Regierung entsandte Polizeikräfte und die stellvertretende Innenministerin Carmen Muñoz Quesada als Vermittlerin, um die Situation zu beruhigen. Die Vereinten Nationen riefen die costa-ricanische Regierung dazu auf, das Recht der Indigenen auf ihr Territorium sowie ihrer Menschenrechte zu wahren.

Nach der Ermordung Jerhy Riveras erneuerten die Vereinten Nationen diese Forderungen und beklagten, dass der Mord an Sergio Rojas auch nach einem Jahr noch nicht aufgeklärt wurde. Indigene und Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Untätigkeit der Behörden und den strukturellen Rassismus im Land. Die Umweltschutzorganisation Fecon warf dem costa-ricanischen Staat vor: »Auf der einen Seite gibt der Staat vor, Vorkämpfer für die Menschenrechte zu sein, während seine Politik die indigene Bevölkerung der Verlassenheit und dem Vergessen preisgibt.«